



Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt ein untrügliches Zeichen dafür, dass etwas Wichtiges ansteht: Abgeordnete packen mit den im Sommer ihre Koffer – und fahren zurück nach Berlin. Genau so war es. Aus dem Urlaub, aus dem halben Bundesgebiet, der Saal proppenvoll: Wir haben Thorsten Frei zu unserem neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt.

„Sommerpause“ ist eben ein Wort, das vor allem in vielen politischen Kalendern steht. Bei mir hießen Juli und August: Termin-tour quer durch den Südkreis – Feuerwehr, THW, LVR-Klinik und vieles mehr. Dazwischen auch die Hauptstadt – unter anderem für ein erfrischend offenes Gespräch mit einer Delegation des US-Kongresses.

Und der Herbst? Der wird kein leichter. Er beginnt mit einem Thema, bei dem ich für Klartext bin, auch wenn der nicht überall gut ankommt: der Rente mit 63. Warum, das lesen Sie gleich nebenan.

In den nächsten Wochen blicken wir auf den Wiederbeginn der Sitzungswochen in Berlin mit den Beratungen zum Bundeshaushalt. Einen kleinen Exkurs zum Thema Zinsentwicklung und Tragfähigkeit der Schulden lesen Sie bereits in dieser Ausgabe. Viel Freude bei der Lektüre.

*Ihr und Euer
Dr. Klaus Wiener*



Zielgenau statt Gießkanne

Warum die Rente mit 63 eine ehrliche Nachjustierung braucht

45 Jahre gearbeitet – das ist eine Lebensleistung, vor der ich den Hut ziehe. Genau deshalb rede ich beim Thema „Rente mit 63“ nicht drumherum: Die abschlagsfreie Frührente war gut gemeint. Sie ist aber zu grob geraten.

Der Grund ist einfach – und niemandem persönlich anzulasten: 45 Versicherungsjahre sagen wenig darüber aus, wie hart jemand tatsächlich gearbeitet hat. Weniger als ein Drittel derjenigen, die die Regelung nutzen, war im Berufsleben sehr hohen körperlichen oder psychischen Belastungen ausgesetzt; fast 40 Prozent waren leicht bis mäßig belastet. Wer sie in Anspruch nimmt, macht also nichts falsch. Der Zuschnitt stimmt nicht.

Und dieser Zuschnitt entscheidet darüber, ob wir denen helfen, die es wirklich brauchen: dem viel zitierten Dachdecker oder der Pflegekraft. Ihnen ist mit der Gießkanne am wenigsten gedient, weil ihr Anliegen darin schlicht untergeht. Deshalb halte ich es für richtig, dass im Herbst eine individuelle Gesundheitsprüfung an die Stelle einer starren

Jahreszahl tritt – gezielte Härtefallregelungen statt Pauschalregelung. Dass Kolleginnen und Kollegen aus dem Osten dabei auf die besonderen Erwerbsbiografien in den neuen Ländern verweisen, kann ich einerseits gut nachvollziehen.. Andererseits war und ist es auch so, dass die Regelungen für Ostdeutsche nach der Wiedervereinigung sehr großzügig waren, gerade in den sozialen Sicherungssystemen. Auch das gehört zur Wahrheit. Hinzu kommt eine Entwicklung, über die wir uns eigentlich freuen dürfen: Wir werden älter, und wir bleiben länger fit. In den 1960er Jahren wurde Rente im Schnitt knapp zehn Jahre bezogen, heute sind es mehr als zwanzig – Tendenz steigend. Das ist ein Gewinn. Nur trägt ein System, das darauf nicht reagiert, diesen Gewinn eben nicht mit. Und mit den Babyboommern verlässt uns gerade die größte Arbeitnehmergeneration, die wir je hatten. Mir ist wichtig: Es geht nicht darum, irgendjemandem etwas wegzunehmen. Es geht darum, dass unsere Rente auch für Kinder und Enkel noch trägt – und dass Solidarität dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

In den Medien

Deutschlandfunk:

„Wie gut sind wir auf extremes Wetter vorbereitet?“

[Hier den Beitrag hören.](#)

Taeglich.ME:

„Unentbehrlicher Einsatz für unsere Gesellschaft“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Supertipp:

Wirtschaftsunion Mettmann:

„Keine Rückkehr...“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Wir sagen Ja zu Olympia!



Drei politische Ebenen, eine Botschaft: Mit der Ausrichtung der Olympischen Spiele bekäme unsere Region die Chance auf ein einzigartiges Welt-Ereignis – mit einem weitreichenden Mehrwert auf allen Ebenen. Und mit dem neuen Skatepark in Monheim wäre unser Kreis Mettmann mittendrin statt nur dabei.

Impressum

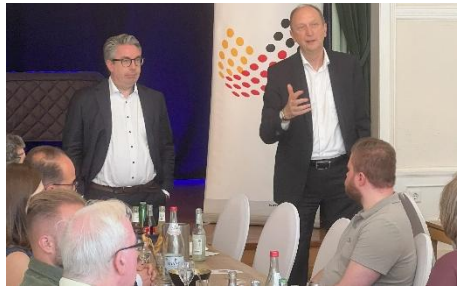
Dr. Klaus Wiener MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 75621
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier.](#)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31.8.2026



WAHLKREIS



Treffpunkt Mittelstand mit Staatssekretär

Bei der ersten Veranstaltung unserer neu formierten MIT Kreis Mettmann berichtete mein Fraktionskollege, Staatssekretär Stefan Rouenhoff, quasi aus dem Maschinenraum des Wirtschaftsministeriums. Dabei betonte er die Wichtigkeit des Mittelstandes und versicherte mit Blick auf dessen strukturelle Herausforderungen: „Wir sind auf dem Weg, aber es muss sicher auch noch mehr passieren!“ Anschließend diskutierten wir mit den zahlreichen Gästen ausführlich und detailliert über wirtschaftspolitische Fragen und Weichenstellungen.



Dreifach-Antrittsbesuch bei der Feuerwehr

Mit dem neuen Mettmanner Feuerwehrchef Sebastian Thews und dem neuen Kreisbrandmeister Torsten Schlenker traf ich mich in der neuen Feuer- und Rettungswache Willettstraße zum anschaulichen Austausch über ihre Arbeit vor Ort. Fazit: Unsere Wehr ist in Mettmann wie auch im gesamten Kreis sehr gut aufgestellt. Und das ist auch unabdingbar in Zeiten zunehmender Herausforderungen für die Blaulichtfamilie. Respekt und Unterstützung für alle Einsatzkräfte und ihren täglichen intensiven Einsatz in Diensten unserer Gesellschaft!



Zwischen Rhein und Spree

Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener

LVR-Klinikum in Innenansicht

Aus Anlass des Beitragsstabilisierungsgesetzes Ortsbesuch bei einer tragenden Säule der medizinischen Versorgung im Südkreis: Als moderne Klinik für Psychiatrie, Forensische Psychiatrie und Psychotherapie an traditionellem Standort ist die LVR-Klinik Langenfeld in diesem Bereich ein gewachsener Ankerplatz. Bei einem ausführlichen Gespräch mit der Klinikleitung inklusive Rundgangs durch die Einrichtung wurde einmal mehr deutlich: Psychische Gesundheit ist kein Randthema, sondern eine zentrale Aufgabe unserer Zeit.



Beim THW am neuen Standort in Erkrath

Beeindruckender Besuch bei der „Blaustruppe“ oder Dank ans Ehrenamt, Teil 2: Einsatzkräfte des THW Ortsverbandes Erkrath zeigten mir ihren neu eingeweihten Standort am Steinhof und berichteten dabei aus erster Hand über ihr aufwendiges Engagement für den Bevölkerungsschutz. Besonders beispielhaft: Ihr umfangreiches Aufgabenspektrum meistern sie als Gemeinschaft von Ehrenamtlern, die ihre unterschiedlichen Fähigkeiten gemeinsam in die Waagschale werfen.





Vor Beginn der parlamentarischen Sitzungspause gibt es in Berlin viele sommerliche Empfindungen. Ein besonderer war dieses Jahr aber das Sommerfest des Parlamentskreises Mittelstand, in dessen Vorstand ich mich in der Fraktion engagiere. Über 1.500 Entscheiderinnen und Entscheider aus Politik, Wirtschaft und Medien an einem Abend, an einem Ort. Dazu konnte ich mehrere Unternehmer aus unserem Wahlkreis einladen. Genau darum geht es mir: nicht über den Mittelstand reden, sondern mit ihm. Die besten Impulse für bessere Rahmenbedingungen entstehen selten am Schreibtisch – sondern im Gespräch mit denen, die große unternehmerische Risiken tragen und am Monatsende die Löhne zahlen.

Den direkten Draht zwischen heimischer Wirtschaft und Politik herstellen zu können ist mir ein Herzensanliegen und im Rahmen des Sommerfestes kamen die Gäste aus der Heimat mit vielen unterschiedlichen Akteuren des politischen Berlins zusammen.

Der neue Fraktionsvorsitzende: Thorsten Frei

Es gibt Termine, für die man den Koffer mitten im August noch einmal packt. Die Wahl unseres neuen Fraktionsvorsitzenden war so einer. Aus dem halben Bundesgebiet – und darüber hinaus – sind die Kolleginnen und Kollegen teils auch aus dem Urlaub zurück nach Berlin gereist, viele mit dem ersten Flieger, manche über Nacht. Der Sitzungssaal war voll. Das war schon vor dem ersten Wort das eigentliche Signal dieses Tages.

Gewählt wurde Thorsten Frei zu unserem neuen Fraktionsvorsitzenden – und ich gratuliere ihm von Herzen.

Thorsten Frei ist kein Mann der lauten Ansage. Er kennt als Jurist, früherer Oberbürgermeister und langjähriger Erster Parlamentarischer Geschäftsführer die Mechanik unserer Fraktion bis in die letzte Geschäftsordnungsfrage. Bodenständig, erfahren, verlässlich. Und vor allem: einer von uns, aus der Mitte der Fraktionsfamilie.

Gearbeitet wurde übrigens noch am selben Nachmittag. Kein langer Applaus, keine Schonfrist, sondern Tagesordnung. Auch das passt zu ihm. Der Herbst wird kein leichter. Aber wir gehen ihn mit einem Vorsitzenden an, der weiß, wo bei uns die Maschinen stehen. Viel Erfolg, lieber Thorsten – wir packen mit an!



Klartext in der Botschaft

Austausch mit einer Delegation des US-Repräsentantenhauses in der US-Botschaft. Das Thema: China – ein Land, das uns beiden in zentralen Wertschöpfungsbereichen zusetzt. Damit hätte ich kein Problem, wenn es fair zugeht. Es geht aber nicht fair zu: subventionierte Industrien, Steuervergünstigungen, eine künstlich billig gehaltene Währung. Laut OECD erklärt das rund 60 Prozent der Weltmarktanteile, die China zwischen 2005 und 2025 hinzugewonnen hat. Und dieses China stützt zugleich Russlands Krieg gegen die Ukraine. In meinem Eingangsstatement habe ich klargemacht: Wir als CDU/CSU wollen eine enge transatlantische Beziehung. Partner sollten einander dann aber auch so behandeln – gerade in Zollfragen. Wir bringen einiges mit: eine starke Industrie und über 3.300 Neugründungen allein im ersten Halbjahr, viele in KI und Verteidigung. Einig waren wir uns am Ende: Bei Rohstoffen, KI, Energie und Verteidigung müssen wir enger zusammenrücken. Fun Fact am Rande: Kongressabgeordneter Earl L. Carter hat an derselben Universität studiert wie ich – der ältesten State University der USA. Über das Campusleben kamen wir sofort ins Schwärmen.

THEMA

Deutlicher Zinsanstieg auf den Kapitalmärkten

Die Zeit des billigen Geldes ist vorbei. Nach einer außergewöhnlich langen Phase sehr niedriger, teilweise sogar negativer Zinsen haben sich die Bedingungen auf den internationalen Kapitalmärkten grundlegend verändert. Seit 2022 sind die Renditen von Staatsanleihen deutlich gestiegen. Das betrifft die USA ebenso wie Deutschland, Großbritannien, Japan und viele andere Länder. Was zunächst vor allem eine Reaktion auf den starken Inflationsanstieg war, entwickelt sich zunehmend zu einer strukturellen Herausforderung für Wirtschaft und Finanzpolitik.

Der Zinsanstieg hat unmittelbare Folgen für das Wirtschaftswachstum. Höhere Kapitalmarktzinsen verteuern Investitionen. Unternehmen müssen für Kredite und Anleihen höhere Zinsen zahlen. Investitionsprojekte, die bei einem Zins von zwei Prozent rentabel waren, können bei fünf Prozent unrentabel werden. Das gilt insbesondere für kapitalintensive Investitionen mit langen Amortisationszeiten – etwa im Wohnungsbau, bei Infrastrukturprojekten oder bei der Transformation der Energieversorgung. Gleichzeitig verteuern sich Immobilienkredite für private Haushalte. Konsum und Bauinvestitionen werden gedämpft.

Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Fortsetzung von Seite 3

Die zweite Belastung trifft die öffentlichen Haushalte. Über viele Jahre konnten Staaten trotz hoher Schulden von niedrigen Finanzierungskosten profitieren. Teilweise konnten sich Staaten sogar zu negativen Zinsen verschulden, so auch Deutschland. Dies ist vorbei. Zwar schlägt der Zinsanstieg wegen der geringeren Renditen bereits erworbener Anleihen nicht sofort vollständig auf die Haushalte durch. Mit jeder fällig werdenden Anleihe, die zu höheren Zinsen refinanziert werden muss, wächst jedoch die Zinsbelastung.

Damit rückt drittens die Tragfähigkeit der Staatsschulden wieder stärker in den Mittelpunkt. Entscheidend hierfür ist langfristig das Verhältnis zwischen Zins, Wirtschaftswachstum und Primärsaldo eines Staates.

Liegt der durchschnittliche Schuldzins dauerhaft über dem nominalen Wachstum, kann sich eine hohe Schuldenquote ohne entsprechende Haushaltsüberschüsse selbst verstärken. Ein wachsender Teil der Einnahmen wird dann für Zinsen gebunden und steht nicht mehr für Bildung, Infrastruktur, Verteidigung oder soziale Sicherung zur Verfügung.

Die europäische Staatsschuldenkrise um das Jahr 2012 hat gezeigt, welche Dynamik entstehen kann, wenn Investoren Zweifel an der Schuldentragfähigkeit einzelner Staaten entwickeln. Steigende Risikoprämien erhöhen die Zinslast, die höhere Zinslast verschlechtert wiederum die Schuldentragfähigkeit – ein gefährlicher Kreislauf. Die institutionellen Voraussetzungen im Euroraum sind heute zwar andere als 2012. Das grundlegende ökonomische Problem hoher Schulden bei steigenden Finanzierungskosten bleibt aber bestehen.

Eine wesentliche Ursache des Zinsanstiegs ist die Rückkehr der Inflation. Die Phase sehr niedriger Preissteigerungsraten, die die Jahrzehnte vor der Pandemie geprägt hatte, dürfte auf absehbare Zeit vorbei sein. Der Inflationsschub seit 2021 zwang die Zentralbanken zu einer drastischen geldpolitischen Reaktion. Die Leitzinsen wurden kräftig angehoben. Hinzu kommt ein zweiter Faktor: die weltweit steigende Nachfrage nach Kapital. Viele Staaten weisen hohe Haushaltsdefizite auf. Die demografische Entwicklung, höhere Verteidigungsausgaben, Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz sowie steigende Sozialausgaben erhöhen den Finanzierungsbedarf zusätzlich. Wenn Staaten immer größere Mengen an Anleihen emittieren, müssen sie Investoren attraktive Renditen bieten.

Gleichzeitig steigt aktuell der Kapitalbedarf der Unternehmen. Besonders sichtbar ist dies bei den enormen Investitionen in Künstliche Intelligenz, Rechenzentren, Halbleiter und Energieinfrastruktur. Der Aufbau der KI-Infrastruktur erfordert Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe. Und ein zunehmender Teil davon wird über die Anleihemärkte finanziert; auch das erhöht den Aufwärtsdruck für die Kapitalmarktzinsen.

Vieles spricht deshalb dafür, dass die Zinsen auch längerfristig höher bleiben als in den 2010er-Jahren. Ein entscheidender Grund ist der ungebrochene Trend zu höheren Staatsschulden, allen voran in den USA, wo die Rendite der US-Treasuries richtungsweisend für die weltweiten Kapitalmärkte sind. Hinzu kommen die geopolitischen Veränderungen. Die Weltwirtschaft entwickelt sich zunehmend von einer Phase weitreichender Globalisierung zu einer stärker fragmentierten Wirtschaftsordnung. Handelskonflikte, höhere Zölle, der Aufbau paralleler Lieferketten und das sogenannte „Friendshoring“ erhöhen die Produktionskosten. Gleichzeitig erzwingen geopolitische Risiken höhere Ausgaben für Verteidigung und wirtschaftliche Resilienz. Damit verliert ein wichtiger preisdämpfender Faktor der vergangenen Jahrzehnte an Bedeutung: die Möglichkeit, durch internationale Arbeitsteilung und günstige Importe Produktionskosten zu reduzieren. Auch die Energiepreise könnten wegen geopolitischer Spannungen und hoher Investitionsbedarfe volatiler und strukturell höher bleiben. Beides erhöht das Inflationsrisiko – und damit die Wahrscheinlichkeit eines dauerhaft höheren nominalen Zinsniveaus.

Für die Finanzpolitik ergibt sich daraus eine klare Konsequenz. Neue Verschuldung kann ökonomisch vertretbar sein, wenn sie tatsächlich der Finanzierung produktiver Investitionen dient. Entscheidend ist nicht allein die Höhe der aufgenommenen Schulden, sondern was mit ihnen finanziert wird. Werden Kredite verwendet, um leistungsfähigere Verkehrs- und Energienetze, digitale Infrastruktur, Forschung, Bildung oder andere wachstumsfördernde Investitionen zu finanzieren, können sie das Produktionspotenzial erhöhen. Höheres Wachstum schafft zusätzliche Steuereinnahmen und verbessert damit langfristig die Fähigkeit, die aufgenommenen Schulden einschließlich der Zinsen zu bedienen.

Werden neue Schulden dagegen überwiegend zur Finanzierung laufender konsumtiver Ausgaben verwendet, entsteht dieser Effekt nicht. Dann wächst der Schuldenberg, ohne dass ihm ein entsprechend höheres Produktionspotenzial gegenübersteht. Gerade in einer Welt dauerhaft höherer Zinsen wird diese Unterscheidung wichtiger. Die Rückkehr höherer Kapitalmarktzinsen ist deshalb auch ein Disziplinierungssignal für die Finanzpolitik. Die Jahre des nahezu kostenlosen Geldes haben den Eindruck entstehen lassen, zusätzliche Verschuldung sei weitgehend folgenlos. Diese Annahme trägt nicht mehr. Je höher die Zinsen steigen, desto stärker muss der Staat Prioritäten setzen. Schulden sollten nicht dazu dienen, notwendige Strukturreformen oder Einsparungen zu vermeiden. Wo zusätzliche Verschuldung erfolgt, muss sie sich auf Investitionen konzentrieren, die Wachstum und Produktivität erhöhen. Nur dann besteht eine realistische Chance, dass die zusätzlichen Schulden durch eine künftig leistungsfähigere Volkswirtschaft getragen werden können.

Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

Quelle: OECD, Jahresdurchschnittswerte; 2026: aktueller Rand

